

Das Festhalten am Nationalstaatsgedanken führt ins Verderben. Vielvölkerstaaten können nur als föderale Gebilde ein bisschen Frieden erreichen

Bundesrepublik Afghanistan

Ein Denkanstoß von Michael Wolffsohn

Die Welt scheint aus den Fugen – Konflikte, Kriege, Chaos, wohin man schaut. Die meisten dieser untergehenden Staaten sind Vielvölkerstaaten. Man schaue auf Afghanistan, auf den Nahen Osten, auf Länder wie Mali in Afrika.

Die Staaten sterben blutig, weil ihrer vielschichtigen, vielfältigen Bevölkerung ein einheitlicher, zentralistischer Rahmen aufgepfropft wird. Das muss schiefgehen. Die Menschen wollen ihren Alltag selbst bestimmen. Immer und überall. Der Drang nach Selbstbestimmung ist eine historische Urkraft. Man kann sie nicht dauerhaft unterdrücken.

Wenn ein staatlicher Rahmen dieses politische Urbedürfnis nicht befriedigt, entsteht Unzufriedenheit. Es gibt dann keinen inneren Frieden. Bürgerkriege sind die Folge. Oft bilden sie den Nährboden für Terrorismus.

Wir erleben einen historischen Vorgang, nämlich den Übergang von der zeitweise stabilen Weltordnung des Kalten Krieges zur Welt-Unordnung der Gegenwart. Dieses Chaos ist unumkehrbar, wenn wir nicht Staaten neu denken. Wir müssen uns verabschieden von einer wie mit dem Lineal gezogenen territorialen Eingrenzung, wir müssen uns verabschieden vom klassischen Staatenmodell und stattdessen



Politischer Analyst

Michael Wolffsohn, 68, ist Historiker und Publizist. Von 1981 bis 2012 war er Professor für Neuere Geschichte an der Bundeswehruniversität München. Soeben erschien sein neues Buch mit dem Titel „Zum Weltfrieden“.

föderative Systeme in den Blickpunkt rücken.

In Syrien und im Irak lässt sich das anschaulich studieren. Dort wollen die Kurden lieber unter sich leben. Sie streben (mit den Kurden im Iran und in der Türkei) nach einem eigenen Kurden-Staat oder zumindest nach räumlicher Selbstbestimmung. Ohne räumliche Selbstbestimmung werden jene vier Staaten, in denen Kurden leben, gewaltsam zerfallen.

Es gibt eine Alternative zu diesem Blutvergießen: die Gründung eines Bundeslandes Kurdistan in einer Bundesrepublik Türkei. Gleiches müsste im Irak geschehen, in Syrien und im Iran. Die kurdischen Bundesländer könnten, dem EU-Vorbild ähnlich, einen zwischenstaatlichen Verbund bilden.

Das Herrschaftsgebiet des Islamischen (Terror-)Staates ist deckungsgleich mit der räumlichen Verteilung der Sunniten in beiden Staaten. Sowohl im Irak als auch in Syrien wird den Sunniten Selbstbestimmung vorenthalten.

Die seit 2003 im Irak nach dem Sturz Saddam Husseins arbeitslosen Offiziere und Soldaten des Ex-Diktators sinnen auf Rache. Ebenso ihre zivilen einheimischen Glaubensbrüder. Es war nur eine Frage der Zeit, dass sie als „Islamischer Staat“ zusammenfanden.

Ihre natürlichen Partner sind die in Syrien unterdrückten Sun-

niten. Sie bilden lieber einen Staat mit den Sunniten des Irak, als von Syriens Schiiten weiter drangsaliert zu werden.

Was wäre zu tun? Es muss je ein sunnitische Bundesland in einer Bundesrepublik Irak und Syrien gegründet werden. Geschieht das nicht, wird noch mehr Blut fließen.

Die Weltgemeinschaft reagiert auf Konflikte dieser Art mit Friedensmissionen. Das ist gut gemeint, scheitert aber oft. Die Friedensmission Deutschlands und der Verbündeten in Afghanistan endete in einem Desaster. Statt einen zentralistischen Staat anzupeilen, hätte man versuchen müssen, eine Bundesrepublik Afghanistan aufzubauen. Sie allein entspräche der Bevölkerungsvielfalt des Landes.

Die deutsch-französische Mission in Mali wird scheitern. Dort und in den Nachbarstaaten fühlen sich die muslimischen Tuareg als Minderheit unterdrückt. In al-Qaida und anderen islamischen Terroristen finden sie willige Partner. Einige französische Soldaten haben schon ihr Leben gelassen. Auch deutsche Soldaten werden sterben, wenn Mali und seine Nachbarstaaten keine Bundesrepubliken werden.

Der Föderalismus ist kein Allheilmittel, den ewigen Frieden werden wir nicht herbeizaubern können. Aber ein bisschen Frieden schon. Und das ist sehr viel wert. ■